

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Hartmut Koschyk vom 9. November 2011

Der Bundesregierung liegen Zahlen aus einem Auskunftersuchen der Deutschen Bundesbank zum Stichtag 31. August 2011 vor. Diesen ist zu entnehmen, dass 13 große Kreditinstitute mit staatlicher Beteiligung (einschließlich Landesbanken) zuzüglich der zwei Abwicklungsanstalten Forderungen aus Wertpapieren an den griechischen Staat in Höhe von 13,8 Mrd. Euro (Buchwert) ausweisen. Ein 50-prozentiger Schuldenschnitt würde den Verzicht auf Forderungen in Höhe von 50 Prozent des Nominalwertes der staatlichen Schultitel nach sich ziehen. Dabei wären allerdings zwischenzeitig erfolgte Abschreibungen noch zu berücksichtigen. Hierzu liegen der Bundesregierung derzeit keine Angaben vor.

29. Abgeordneter **Michael Groschek** (SPD) Bürgt die Bundesrepublik Deutschland durch EFSF-Mittel (EFSF: Europäische Finanzstabilisierungsfazilität) für Einkäufe französischer Fregatten und von 400 M1A1-Abrams-US-Kampfpanzern der griechischen Regierung im Fall einer Umschuldung Griechenlands?
30. Abgeordneter **Michael Groschek** (SPD) Wenn ja, wie beurteilt die Bundesregierung die Auswirkungen dieser finanziellen Folgekosten für die Bundesrepublik Deutschland?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Steffen Kampeter vom 8. November 2011

Die Bundesregierung kann mögliche Verhandlungen über Einkäufe französischer Fregatten und von 400 M1A1-Abrams-US-Kampfpanzern durch Griechenland nicht ausschließen. Erkenntnisse darüber, dass Verkaufsabschlüsse bevorstehen, liegen nicht vor.

Griechenland erhält gegenwärtig Finanzhilfen der Mitgliedstaaten der Eurozone und des Internationalen Währungsfonds in Form von koordinierten bilateralen Krediten auf der Basis eines dreijährigen Anpassungsprogramms. Finanzmittel der EFSF wurden Griechenland bislang nicht zur Verfügung gestellt. Die Griechenland zur Verfügung gestellten Kredite stellen Hilfen zur Finanzierung des griechischen Staatshaushalts dar; sie dienen nicht dazu, konkrete Projekte zu finanzieren.

31. Abgeordneter **Omid Nouripour** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Welche Mittel plant das Bundesministerium der Finanzen in den nächsten vier Jahren bereitzustellen, um die Konversion von frei werdenden Bundeswehrliegenschaften entsprechend den Ankündigungen des Bundesministers der Verteidigung, Dr. Thomas de Maizière, finanziell zu unterlegen?